



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2021

Wesentliche Trends und Schwerpunkte

Wesentliche Trends und Schwerpunkte

- 1) Covid-19-Pandemie verstärkt Verfolgungsdruck**
- 2) Islamistische Gewalt macht Subsahara-Afrika zur tödlichsten Region für Christen**
- 3) Mehr Kirchenschließungen, ideologischer Druck und digitale Überwachung in China**
- 4) Religiöser Nationalismus durch Regierungen und Mehrheitsreligionen nimmt weiter zu**

Die Intensität der Christenverfolgung hat auch im letzten Jahr weltweit zugenommen. Das zeigt der Weltverfolgungsindex (WVI), der die 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung auflistet. Die Position eines Landes ergibt sich aus einer Indexpunktzahl, die die Länder den Rubriken „extreme Verfolgung“ (81-100 Punkte), „sehr hohe Verfolgung“ (61-80 P.) und „hohe Verfolgung“ (41-60 P.) zuordnet. Der Weltverfolgungsindex 2021 führt erstmals nur noch Länder mit extremer und sehr hoher Verfolgung auf. Davon sind aktuell rund 309 Millionen Christen betroffen. In 24 weiteren Ländern leiden Christen unter einem zumindest hohen (41-60 P.) Maß an Verfolgung und Diskriminierung. Weltweit sind demnach mehr als 340 Millionen Christen einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung ausgesetzt. In den meisten Ländern des Weltverfolgungsindex sind sie nur eine kleine Minderheit.

Christen in mehr als 74 Ländern wird durch ihre Regierungen, extremistische religiöse und politische Gruppierungen und/oder religiöse Führer ihr Recht auf die freie Ausübung ihres Glaubens – privat wie auch öffentlich und in Gemeinschaft – verweigert. Sie werden diffamiert, schikaniert, inhaftiert, geschlagen, vertrieben, ermordet und unter Druck gesetzt, weil sie sich zu Jesus Christus bekennen. Im Berichtszeitraum 1. Oktober 2019 bis 30. September 2020 des neuen Weltverfolgungsindex stieg die Gesamtzahl der wegen ihres Glaubens getöteten Christen auf 4.761. Im Vorjahr wurden 2.983 Fälle von Christen, die um ihres Glaubens willen getötet wurden, registriert. Dies ist ein Anstieg von 60 %. Von den 4.761 dokumentierten Fällen ermordeter Christen sind 91% Afrika zuzurechnen.

1) Covid-19-Pandemie verstärkt Verfolgungsdruck

Christen – und darunter überwiegend Konvertiten – aus Gebieten von Subsahara-Afrika bis Indien berichteten, dass sie aufgrund der Einschränkungen wie Reise- und Ausgehverbote während der Pandemie gezwungen waren, mit denen im Haus zu leben, die ihnen gegenüber ablehnend und sogar extrem feindlich gesinnt sind. Diese Verwundbarkeit im häuslichen Bereich betraf vor allem Frauen und Kinder. Sie hatten nicht mehr die Möglichkeit, am Arbeitsplatz oder in der Bildungseinrichtung den Befragungen und Misshandlungen durch ihre Angehörigen zu entkommen. Der persönliche Kontakt zu ihren Glaubensgeschwistern nahm in dieser Zeit ab und damit auch die materielle, emotionale und geistliche Unterstützung durch die christlichen Gemeinden.

Die Covid-19 Pandemie hat wie ein Katalysator bestehende Haltungen und Strukturen der Unterdrückung sowie diskriminierende Handlungen und Äußerungen vielerorts zum Vorschein kommen lassen. Damit wurde die soziale und wirtschaftliche Verwundbarkeit von Millionen von Christen – insbesondere Konvertiten – weltweit deutlich aufgezeigt. Zudem hat sich unter Ausnutzung der Notlage der Christen ihre Verfolgung verschärft.

2) Islamistische Gewalt macht Subsahara-Afrika zur tödlichsten Region für Christen

Die Kirchen in vielen Ländern von Subsahara-Afrika waren gegenüber dem Vorjahr mit bis zu 30% mehr Gewalttaten konfrontiert – dazu zählen etwa Ermordungen von Christen sowie Angriffe auf und die Zerstörung von Kirchen und kirchlichen Gebäuden.

Afrika verzeichnete die höchste Zahl ermordeter Christen. Dabei hatte Nigeria (Weltverfolgungsindex 2021: Rang 9 / 2020: Rang 12) mit 3.530 die meisten Getöteten zu beklagen. Im Vorjahr waren es dort 1.350. Im April bis August 2020, als das Land wegen der Covid-19 Pandemie abgeriegelt war, wurden die meisten Christen getötet, mehr als 2.200. Nationale wie internationale Medien berichten immer häufiger von Überfällen durch unidentifizierte Bewaffnete bzw. durch Banditen und verschleiern damit – bewusst oder unbewusst – die in vielen Fällen religiös motivierte Agenda der Angreifer.

In Nigeria wurden mehrere hundert, meist christliche Dörfer von Fulani-Hirten entweder besetzt oder geplündert, Christen wurden ermordet, Kirchen zerstört und oft auch die Felder und Ernten. Boko Haram baut die Zusammenarbeit zwischen eigenen Fraktionen, extremistischen Fulani-Kämpfern und kriminellen Banden weiter aus. Nigerias Regierung unter Präsident Buhari schafft nicht nur keinen Schutz für die Bevölkerung – besonders Christen – im Norden, die Gewalt breitet sich vielmehr im ganzen Land und über die Grenzen hinweg aus. Mehr als 270 Kirchen wurden attackiert und/oder zerstört. Boko Haram und sein Ableger Islamischer Staat Westafrika (ISWAP) waren für rund 400 gewaltsame Zwischenfälle im Norden Kameruns verantwortlich – ein Anstieg um 90% gegenüber den vorangegangenen 12 Monaten.

In der Sahelzone nutzen Dschihadisten das Versagen von Regierungen aus, die unfähig oder unwillig sind, Christen und andere Minderheiten zu schützen. So wurde Burkina Faso, das für ein friedliches Zusammenleben der Religionen bekannt war, 2019 von tödlichen Angriffen auf Kirchen erschüttert, die sich 2020 fortsetzten. Dazu kommen im Zeitraum Januar bis Juli 2020 mehr als 85 Angriffe auf Bildungseinrichtungen in Mali, Burkina Faso und Niger. Aussagen einheimischer Christen zufolge würden Sicherheitskräfte häufig mit den Plünderern kollaborieren. In einem Umfeld von Ungerechtigkeit, Armut und Straflosigkeit können islamistische Milizen ihre Propaganda verbreiten, Anhänger rekrutieren und Angriffe gegen Christen führen.

Die Länder, die am stärksten von dschihadistischer Gewalt in Subsahara-Afrika betroffen sind, sind Burkina Faso (32/28), Mali (28/29), Niger (54/50) und Nigeria in Westafrika, Kamerun (42/48) und die Demokratische Republik Kongo (40/57) in Zentralafrika und Mosambik (45/66) in Ostafrika. Die Gesamtzahl der getöteten Christen in diesen Ländern stieg von 1.584 auf mindestens 4.216 – die Dunkelziffer ist wesentlich höher, die extreme Gefahrenlage hat die Dokumentation stellenweise erschwert.

Oft sind dieselben Menschen oder Gemeinschaften von verschiedenen Kategorien von Gewalt betroffen. Wenn ein (hauptsächlich) von Christen bewohntes Dorf angegriffen wird, werden oft Männer und Jungen getötet, so wachsen Kinder vielfach vaterlos auf und den Gemeinden werden Leiter geraubt. Frauen und Mädchen werden häufig entführt, wieder andere sind traumatisiert. Können Entführte fliehen und kehren in ihr Dorf zurück, so gilt es nicht selten als Schande, wenn sie vergewaltigt wurden und sogar schwanger sind oder deshalb ein Kind mitbringen; genauso auch, wenn sie einer Zwangsbekehrung nicht widerstanden haben. Viele Dorfbewohner müssen bei Angriffen fliehen und ihre Häuser preisgeben. Ihr Eigentum wird geraubt, ihre Ernten zerstört oder ihre Felder in Besitz genommen.

Aus einigen Dörfern sind die Christen dauerhaft geflüchtet. Selbst wenn Christen in ihre Dörfer zurückkehren, ist dies immer mit Angst vor einem Angriff verbunden und davor, was mit ihnen selbst und der Familie passieren könnte.

Die Ermordung von Christen wirkt sich über die Jahre auf die Glaubensgemeinschaft aus. In Burkina Faso wurden im Vorjahr mehr als 50 Christen ermordet, oft bei Überfällen auf Kirchen. Im aktuellen Berichtszeitraum sind es 38. Die Situation ist jedoch nicht besser geworden, vielmehr hat sich die Verfolgung verfestigt. Angriffe im Vorjahr trieben tausende Christen zur Flucht in sicherere Landesteile. Die fortgesetzten Morde weisen auf fortgesetzte Vertreibung sowie Zerstörung von Kirchen und Häusern der Christen hin.

Ost- und Zentralafrika

Im ostafrikanischen Mosambik wollen Islamisten des IS Zentralafrikanische Provinz (ISCAP) die Scharia durchsetzen, mehrere Kirchen und tausende Häuser von Christen wurden zerstört, besonders in der Provinz Cabo Delgado an der Grenze zu Tansania. Dort und in Tansania hat auch die Gruppe Anwar al Sunna, bekannt durch die Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Dar-as-Salaam, Dörfer von Christen attackiert. Zu Tansania gehört die Insel Sansibar, die während der tansanischen Präsidentschaftswahlen von islamistischer Gewalt erschüttert wurde. Die christlichen Gemeinden in Ostafrika sehen sich einer zunehmenden Bedrohung ausgesetzt.

In der Demokratischen Republik Kongo greifen die islamistischen Allied Democratic Forces (ADF) seit Jahren christlich geführte Schulen und Kliniken an, brennen Kirchen nieder und ermorden Gemeindeleiter. Die in der Provinz Nord-Kivu ansässige Gruppe kontrolliert weite Teile besonders ländlicher Regionen im Land.

Äthiopien (36/39) mit etwa 60% Christen und 34% Muslimen erlebt seit Mitte 2020 gewaltsame Übergriffe durch ethnisch-politische Gruppen, die sich auch religiös motiviert und für den politischen Islam offen zeigen. Länder wie Türkei, Saudi-Arabien und Iran versuchen dort Einfluss zu nehmen.

3) Mehr Kirchenschließungen, ideologischer Druck und digitale Überwachung in China

China (17/23) hat geschätzt 570 Millionen Überwachungskameras im Einsatz, Millionen verfügen über eine fortschrittliche Gesichtserkennungssoftware, die mit dem „Sozialkreditsystem“, dem Punktesystem zur ideologischen Bewertung aller Menschen im Land, verbunden ist. So werden im öffentlichen Raum die Loyalität gegenüber der Regierung sowie jede Abweichung vom Programm der Sinisierung in allen Lebensbereiche erfasst und sanktioniert oder belohnt. Religionszugehörigkeit führt im Sozialkreditsystem zu Minuspunkten. Das Regime setzt verstärkt die Überwachung der Online- und Offline-Aktivitäten christlicher Gemeinden durch, mit Hinweis auf die notwendige Eindämmung von COVID-19. Die etwa 97 Millionen Christen erleben Kontrolle bis hinein in ihren Privatbereich. China hat sich auf dem Weltverfolgungsindex kontinuierlich verschlechtert. 2018: Rang 43 / 58 Punkte, 2019: Rang 27 / 65 Punkte, 2020: Rang 23 / 70 Punkte und 2021: Rang 17 / 74 Punkte.

Der Druck auf staatlich registrierte sowie nicht-registrierte Kirchen hat beständig zugenommen. Kameras in Gemeinderäumlichkeiten zur Überwachung der Gottesdienste sind Standard. Die Teilnahme an christlichen Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ist verboten. Die hohe Anzahl geschlossener oder zerstörter Kirchen ist ein weiterer Beleg. Für den aktuellen Weltverfolgungsindex betrifft dies 3.088 Kirchen und kirchliche Einrichtungen gegenüber 5.576 im Vorjahr.

Dies bedeutet keineswegs eine Verbesserung der Situation, vielmehr müssen die Zahlen über die Jahre addiert werden – denn geschlossene oder zerstörte Kirchen bleiben in der Regel geschlossen oder zerstört.

2013 begann die staatlich organisierte, zunächst dreijährige Kampagne „Drei Verbesserungen, ein Abriss“ in der Provinz Zhejiang. Berichten zufolge fuhr ein hochrangiger Parteifunktionär nach Wenzhou, der Hauptstadt von Zhejiang, und war über die vielen Kreuze in der Stadt verärgert. Danach begann die Kampagne, in der – wegen angeblicher Verstöße gegen Bauvorschriften – zur Verbesserung des Stadtbildes hunderte von Kreuzen allein in Wenzhou von Kirchen abgerissen und mehrere Kirchen völlig zerstört wurden. Nach Einschätzung von Open Doors wurden seit 2013 etwa 18.000 Kirchen und kirchliche Einrichtungen geschlossen, beschädigt oder zerstört.

Die Christen suchen nach Kirchenschließungen oder -abbrissen stets nach Wegen, ihren Glauben auch in Gemeinschaft zu leben. „Die Regierung überwacht die Menschen im ganzen Land“, sagte der Direktor einer von der Regierung anerkannten Kirche in der östlichen Provinz Shandong. Als in seiner Stadt eine Frau ihr Kind in den Gottesdienst einer Drei-Selbst-Kirche mitnahm, die per Video überwacht wird, rügten Beamte die Kirche sofort. Christen sehen sich vermehrt gezwungen, ihre Versammlungen „im Untergrund“ und in kleinen Gruppen abzuhalten. Dies gestaltet sich jedoch aufgrund der digitalen Überwachung immer schwieriger.

In mehreren Provinzen droht die Kommunistische Partei den Christen Sozialleistungen wie Renten zu streichen, wenn sie christliche Bilder und Kreuze in ihren Wohnungen nicht durch Bilder von Präsident Xi Jinping ersetzen. Das wird von Behördenmitarbeitern kontrolliert. Bei Razzien wurden von Christen aus staatlich registrierten sowie nicht registrierten Kirchen (Hauskirchen) Bibeln und weiteres Eigentum beschlagnahmt und Kirchenleiter verhaftet. Kirchen, die Online-Dienste anbieten, sind anfällig für Überwachung; auch Kirchen der staatlich registrierten Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung und des Chinesischen Christenrats wurden angewiesen, Online-Dienste einzustellen.

Im Rahmen der sogenannten „Berichtigung“ der Religionen wurden Kirchen angewiesen, von der Regierung vorbereitete Plakate mit Bibelversen auszuhängen, welche die 12 Prinzipien der Partei propagieren. Das Regime hat außerdem eine Neuauflage der Bibel gemäß sozialistischer Kernwerte veranlasst.

Dies hat beispielsweise zu einer verdrehten Nacherzählung eines im Neuen Testament überlieferten Vorfalls geführt, bei dem religiöse Leiter eine Frau vor Jesus zerrten. Sie solle wegen Ehebruchs gesteinigt werden, forderten sie. Jesus sprach den berühmten Satz „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein“. Die Ankläger der Frau gingen daraufhin fort und Jesus entließ die Frau in die Vergebung und Freiheit. In einem von der Partei veröffentlichten Ethiklehrbuch wartet Jesus jedoch ab, bis die Ankläger gehen. Dann steinigt er die Frau selbst mit den Worten: „Auch ich bin ein Sünder. Aber wenn das Gesetz nur von Männern ohne Makel ausgeführt werden könnte, wäre das Gesetz tot“.

China weitet seinen Einfluss weltweit aus und exportiert dabei seine allgegenwärtigen Systeme für „Schutz“ und „Sicherheit“. Chinesische Unternehmen liefern KI-Überwachungstechnologie in 63 Länder; einige sind für Menschenrechtsverletzungen und die gezielte Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten bekannt, darunter Myanmar, Laos, Iran, Saudi-Arabien und Venezuela.

Der ideologische Druck auf Christen setzt als religiöser Nationalismus auch die Christen in Indien und der Türkei zunehmend unter Druck.

4) Religiöser Nationalismus durch Regierungen und Mehrheitsreligionen nimmt weiter zu

In Indien (10) bleibt das Ausmaß der Gewalt gegen Christen extrem hoch, sie sind in allen Lebensbereichen einem sehr hohen bis extremen Druck ausgesetzt. Der hat, seit Premierminister Modi im Mai 2014 an die Macht kam (und im Mai 2019 wiedergewählt wurde), dramatisch zugenommen. Regierungsbeamte und Behörden haben maßgeblich Anteil an der wachsenden Diskriminierung von Christen. Hindu-Extremisten setzen – oft in Form gewalttätiger Mobs – ihre Angriffe auf Christen und Kirchen unvermindert fort, meist ohne Strafverfolgung. Dies dient der Durchsetzung der von der hindu-nationalistischen Regierung verbreiteten Maxime „Jeder Inder muss ein Hindu sein“. Christen werden außerdem durch scharfe Propaganda täglich unter Druck gesetzt.

Tausende von Christen geführte Krankenhäuser, Schulen und kirchliche Organisationen in Indien sind als Nichtregierungsorganisationen (NGO) registriert. Sehr viele sind auf Spenden aus dem Ausland angewiesen. Durch eine Gesetzesnovelle vom September 2020 wurde die Finanzierung von NGOs durch ausländische Geldgeber – und damit auch ihre Tätigkeit – deutlich weiter eingeschränkt. Seit 2016 war bereits etwa 20.000 NGOs die Betriebserlaubnis entzogen worden. Nun sind die gesamten Tätigkeiten von NGOs direkt der Kontrolle der Regierung unterstellt. Insbesondere christliche Werke, die seit langem mit internationalen Kirchen und Organisationen zusammenarbeiten, sind betroffen. Sie würden – so die Regierung – die Geldmittel angeblich dazu verwenden, Menschen durch Zwang, materielle Anreize oder unwahre Versprechungen zur Annahme des christlichen Glaubens zu verleiten.

Mit Verweis auf Maßnahmen gegen die Gefährdung der nationalen Sicherheit sowie zur Eindämmung der Pandemie hebt die Regierung den Datenschutz aus. Anhänger nicht-hinduistischer Religionen befürchten, dass Apps zur Kontaktverfolgung eine „schleichende Funktions- bzw. Datennutzungserweiterung“ haben werden. Eine andere App, die bereits im Einsatz ist, kann Alter, Geschlecht und „Rasse“ vorhersagen.

Islamistische Agenda schränkt Christen in der Türkei weiter ein

In der Türkei (25/36) werden Christen in ihrem Recht auf Religionsfreiheit massiv eingeschränkt. Der sehr starke religiöse Nationalismus in der Gesellschaft sorgt für hohen Druck auf die Christen. Den Anspruch des islamischen Nationalismus hat Präsident Erdogan auch damit verdeutlicht, dass er die Hagia Sophia wieder in eine Moschee umwandeln ließ. Nur einen Monat später geschah dies auch mit der byzantinischen Chora-Kirche in Istanbul, die ebenfalls zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört.

Durch die scharfe Rhetorik der Regierung haben Misstrauen sowie Widerstand der Gesellschaft gegen die Christen zugenommen. Die Atmosphäre des zunehmenden Nationalismus lässt wenig Raum für eine andere Botschaft. Christen müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie ihren Glauben mit anderen teilen. Da eigene Ausbildungsstätten für Geistliche nicht erlaubt sind, haben in der Vergangenheit oft ausländische Mitarbeiter Leitungsaufgaben in Gemeinden übernommen. Mehr als 50 dieser Christen verweigerten die Behörden in den beiden letzten Jahren die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigungen oder Visa. Als Begründung wurde auf Nachfrage angegeben, sie stellten eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung und/oder die nationale Sicherheit des Landes dar. Für die rund 170 Gemeinden und Gemeinschaften der Vereinigung Protestantischer Kirchen bleibt es schwierig, Räume für Gottesdienste und Versammlungen zu finden, auch weil sie rechtlich nicht anerkannt sind.

In der Nähe der südöstlichen Grenze der Türkei wurde im Januar 2020 ein chaldäisches christliches Ehepaar aus ihrem Dorf entführt, das eine Jahrhunderte alte christliche Historie hat. Sie waren die letzten Christen im Dorf und hatten sich gegen die wiederholten Einschüchterungen der Behörden gewehrt. Der Leichnam der Frau wurde im März gefunden; der Ehemann wird vermisst.

Viele Christen aus der Ninive-Ebene und Mossul hatten in der Region von Dohuk im Nordirak vor dem IS Zuflucht gesucht. Als Folge der Militärintervention der Türkei in der Region mussten seit Anfang 2020 Christen aus mindestens 25 Dörfern fliehen; dort gibt es keine Christen mehr. Durch die erneute Vertreibung sind ihre Sicherheit und ihr Lebensunterhalt in Gefahr.

Die Ansiedlung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei im Nordosten von Syrien gefährdet christliche Konvertiten unter den Kurden der Region, aber auch alteingesessene christliche Gemeinden. Die von der türkischen Armee eingesetzten islamistischen Söldnertruppen aus Syrien zwangen hunderte Christen in die Flucht. Dazu erklärte 2020 die UN-Untersuchungskommission zu Syrien: „Die von der Türkei unterstützte syrische Nationalarmee hat möglicherweise Kriegsverbrechen wie Geiselnahme, grausame Behandlung, Folter und Vergewaltigung begangen“ und forderte die Türkei auf, die von bewaffneten Gruppen unter ihrer Kontrolle begangenen Verstöße, wie Tötungen, Entführungen, unrechtmäßige Transfers, Beschlagnahmungen von Eigentum und Zwangsräumungen, zu stoppen. Eigentum von Christen wurde mit einem „N“ (für Nasrani = Christen) gekennzeichnet, so wie dies der IS 2014 bei der Vertreibung der Christen in der Ninive Ebene im Irak tat.

Weitere Informationen und ausführliche Länderprofile finden Sie unter:
www.weltverfolgungsindex.de